

Öffentliche Anhörung zum Thema „Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf nationaler und internationaler Ebene“

Beiträge zu den Leitfragen für Block I: Stand der Umsetzung der der SDGs auf nationaler und regionaler Ebene unter Berücksichtigung der Interessen von Entwicklungsländern
(Oberbürgermeister Ashok Sridharan, Bundesstadt Bonn)

Welche Politik- und Maßnahmenansätze bietet die Nachhaltigkeitsstrategie für das Erreichen der SDGs in Deutschland und global?

Von der Nachhaltigkeitsstrategie erhoffe ich mir, dass sie Nachhaltigkeit in Deutschland zur Führungs- und Querschnittsaufgabe macht. Wir brauchen ein neues Verständnis von Zusammenarbeit. Die internationale Ebene, Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft müssen in einen engeren Dialog miteinander treten. Kommunen müssen dabei frühzeitig eingebunden und stärker als Partner auf Augenhöhe wahrgenommen werden. So fordern es auch die im Dialog „Nachhaltige Stadt“ vertretenen Oberbürgermeister/innen. Diesem Verständnis trägt der Entwurf der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung Rechnung. Die überarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie sollte auch einen Beitrag leisten für eine stärkere Integration von Politiken und Entscheidungsprozessen – horizontal wie vertikal. Die Agenda 2030, das Klimaabkommen von Paris, die Neue Urbane Agenda und andere globale Strategien sollten ganzheitlich betrachtet und gemeinsam verfolgt werden. Das ist auch der Wunsch meiner Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen von ICLEI, dem internationalen Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit, dessen Vizepräsident ich bin.

Welche Aufgaben kommen dabei Bundesländern und Kommunen zu?

Nachhaltige Entwicklung kann nicht „von oben“ verordnet werden. Sie muss auf allen Ebenen gelebt werden und ist nur mit dem Engagement der Zivilgesellschaft erreichbar. Städte spielen bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele weltweit eine entscheidende Rolle. Die Agenda 2030 steht nicht nur für einen fundamentalen Perspektivwechsel in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist auch von herausragender Bedeutung für die kommunale Ebene. Denn es sind die Städte und Gemeinden, in denen nationale Politik Gestalt annimmt und Wirkungen zeigt. Die besondere Rolle der Städte kommt insbesondere in SDG Nr. 11 zum Ausdruck. Dieses Ziel setzt sich dafür ein, Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen. Für eine sozial gerechte, nachhaltige Entwicklung sind Städte unverzichtbar. Bereits heute leben über 60 Prozent der Menschen in Städten und die Urbanisierung nimmt weltweit weiter dramatisch zu. Städte sind beides: Sie sind Motoren des Wandels und der Innovation, aber eben auch Problemverursacher. In urbanen Ballungszentren treffen die großen Herausforderungen der Welt wie der Kampf gegen den Klimawandel, die Armutsbekämpfung, die Gesundheitsförderung, der Zugang zu Bildung und bezahlbarem Wohnraum aufeinander. Ohne die Einbeziehung der Städte kann die Umsetzung der Agenda 2030 nicht gelingen. Das setzt jedoch voraus, dass die Städte und Gemeinden die notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen bereitgestellt bekommen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Welche rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Veränderungen braucht es in Deutschland, um die SDGs national, regional und lokal umzusetzen?

Zur Umsetzung der Agenda 2030 ist eine verbesserte und wirksamere Abstimmung aller staatlichen und kommunalen Ebenen erforderlich. Dies setzt den aktiven Willen aller Beteiligten zur Kooperation und zum Austausch über wirksame Strategien voraus. Die Ergebnisse der globalen Agenden fließen auf Bundesebene in die Arbeit des interministeriellen Arbeitskreises „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) ein. Die derzeitigen Diskussionen deuten auf eine Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsindikatoren hin, die vom Deutschen Städtetag einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Aus Sicht der Kommunen wird es notwendig sein, die Maßgaben der „Neuen Urbanen Agenda“ genauso wie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der VN-Klimakonferenz 2015 (Paris) und ihrer Folgekonferenzen auch zum Bestandteil des Handlungsrahmens deutscher Städte zu machen. Zudem wird es um die Entwicklung eines Berichtswesens auf nationaler Ebene gehen, um den Berichtspflichten Deutschlands Rechnung zu tragen. Die im Deutschen Städtetag vertretenen Kommunen werden sich im Zusammenwirken mit dem zuständigen Bundesministerium für ein Berichtswesen einsetzen, das einerseits den Mehraufwand für die Mitgliedstädte in deutlichen Grenzen hält, andererseits aber auch ermöglicht, die Beiträge der deutschen Städte zur Nachhaltigkeits-, Klima- und Urbanisierungsagenda zu vermitteln.

Welche Veränderungen braucht es in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft?

Die Agenda 2030 erfordert ein Umdenken, einen breit angelegten Bewusstseinswandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei kann Nachhaltigkeit nicht von oben verordnet werden, sondern muss auf allen Ebenen gelebt werden und ist nur mit dem Engagement der Zivilgesellschaft erreichbar. Dies setzt den aktiven Willen aller Beteiligten zur Kooperation und zum Austausch voraus. Daher fördern wir auf kommunaler Ebene die Partizipation und beziehen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Entscheidungsprozesse ein. Wir tragen dazu bei, dass Menschen ihre Belange selbst in die Hand nehmen und dass sich Eigeninitiative entfalten kann. Wir beziehen auch Unternehmen, Kammern und Verbände in den Nachhaltigkeitsprozess ein und leisten im Rahmen zahlreicher Programme und Projekte - vom fairen Handel über nachhaltige Beschaffung bis zur Bildung für nachhaltige Entwicklung – einen Beitrag dazu, dass nachhaltige Entwicklung auch in den Köpfen der Menschen ankommt und zu einem Bewusstseinswandel führt.

Wie werden die Interessen von Entwicklungsländern auf den drei Ebenen des Staates berücksichtigt?

Kommunen in Deutschland leisten einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Dialog und zur entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Das kommunale Engagement reicht dabei von der Integration von Flüchtlingen und der Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten über kommunale Partnerschaften bis hin zur fairen öffentlichen Beschaffung. Im Rahmen von gemeinsamen Projekten mit Partnerstädten in Schwellen- und Entwicklungsländern leisten Kommunen einen Beitrag zum Wissens- und Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe und helfen dabei mit, lokale Lösungsansätze für globale Fragen zu entwickeln.

Wie können neue Bündnisse zur Umsetzung geschaffen werden und welche Ressourcen braucht es hierfür?

Die Städte und Gemeinden in Deutschland leisten mit ihren Städte- und Projektpartnerschaften einen wichtigen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Mehr als 500 Kommunen in Deutschland unterhalten Beziehungen zu Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika, sie sind zeitlich befristete Projektpartnerschaften eingegangen oder sogar Bestandteil eines umfassenden Nord-Süd-Städtenetzwerkes geworden. Viele Kommunen engagieren sich vor Ort in der Entwicklungspolitik oder sie engagieren sich im fairen Handel und arbeiten mit Migrantenorganisationen zusammen. Zahlreiche Kommunen leisten humanitäre Hilfe, unterstützen Spendenaktionen oder kooperieren mit Durchführungsorganisationen des Staates. Als freiwillige Aufgabe steht die kommunale Entwicklungspolitik insbesondere in finanzschwachen Kommunen auf dem Prüfstand. Auch aus diesem Grund hat die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und staatlichen Durchführungsorganisationen wie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)/Engagement Global oder die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich sehr, dass die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in den vergangenen Jahren mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erheblich ausgebaut wurde und den Kommunen mittlerweile einen umfassenden Service und viele Unterstützungs- und Serviceangebote im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik bietet. Ich hoffe, dass künftig noch deutlich mehr Städte und Gemeinden in Deutschland als bisher von diesem Angebot Gebrauch machen.